

An den
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
z.Hd. Herrn Dr. Sebastian Galka
E-Mail: Innenausschuss@landtag.ltsh.de

14. Dezember 2020

**Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Antrag: Trendwende für die Innenstädte und Ortszentren in Schleswig-Holstein einleiten - Zukunftsräume und kommunale Identitätsanker schaffen!
Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 19/2344**

Stellungnahme der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein zum SPD-Antrag – Drucksache 19/2344

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen es, dass sich der Landtag mit diesem für alle zentralen Orte wichtigen Thema befasst und bedanken uns für das Angebot, zu dem oben genannten Antrag der SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag Stellung zu nehmen. Diese Gelegenheit nutzen wir gerne.

Analyse:

Mit diesem Antrag greift die SPD-Fraktion mit grundlegend richtigen Einschätzungen ein Thema auf, dass die innerörtliche Entwicklung in den zentralen Orten unseres Landes bereits seit längerer Zeit belastet. Insbesondere in den kleinen Städten und zentralen Orten mit einem kundenorientierten Einzugsgebiet von etwa 10.000-15.000 Bürgern wie auch in den meisten Mittelstädten hat sich dieser Trend bereits vor der Jahrtausendwende abgezeichnet.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist nach unserer Auffassung in dem stetigen Niedergang der inhabergeführten Handelsunternehmen, die früher das Rückgrat einer jeden lokalen Einkaufslandschaft darstellten, zu sehen. Die nachfolgende Generation dieser Kaufmannschaft war und ist in vielen Fällen nicht bereit, die Tradition in den väterlichen (und mütterlichen) Betrieben fortzuführen. Filialisten und Startups können diese Lücke schwerlich füllen. Fachmärkte sowie Aldi, Lidl und Co. haben sich in aller Regel in die Randlagen der Städte zurückgezogen und ziehen so zusätzlich Kaufkraft aus den Innenstädten ab.

Der Internethandel (aktuell befeuert durch die Corona-Pandemie) alleine ist nicht Ursache dieser Entwicklung. Er hebt jedoch die Probleme wie im Brennglas hervor. Gleichwohl wird man den hierdurch ausgelösten Wettbewerbsverzerrungen auf anderer politischer Ebene begegnen müssen. Doch dazu später mehr.

Wer sich also heute in den Zentren dieser Städte umschaute, stößt auf gähnende Leere und Leerstände, muss also ernüchert feststellen: **Es ist nicht fünf vor zwölf, vielmehr hat es längst dreizehn geschlagen.**

Lösungsvorschläge:

Um diesen negativen Trend umzukehren, bedarf es unbedingt der organisatorischen wie auch finanziellen Unterstützung des Landes. Jedoch muss auch die kommunale Ebene aus eigenem Interesse und in intimer Kenntnis der Verhältnisse vor Ort alles unternehmen, um den Innenstädten neues Leben einzuhauchen.

Handel und Konsum sind hierfür schon aus Gründen der steuerlichen Prosperität die wichtigsten Triebfedern. „Ohne Moos nix los“. Die im SPD-Antrag benannten Aktivitäten in kultureller, sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht sind sinnvolle und für den Bürger nützliche Ergänzungen.

Im einzelnen schlagen wir vor, folgende Gedanken in der Diskussion zu berücksichtigen:

- Dringend benötigt wird ein **Sofortprogramm des Landes zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren**. Ein solches Programm sollte von der Landesregierung mit einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag ausgestattet werden. Mit diesen Mitteln könnten die Kommunen in die Lage versetzt werden, in ihren Innenstädten leer stehende Gewerbeflächen anzumieten oder zu erwerben, um dort durch Subventionierung der Raumkosten entweder Handel, Dienstleistung und Gastronomie oder kulturelle, soziale und gesellschaftliche Aktivitäten anzuregen und zu unterstützen. Beispielhaft wird hier das von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen eingerichtete „Nordrhein-Westfalen-Programm“ benannt, das in einem Sofortprogramm 70 Millionen € zur Stärkung der Innenstädte und Zentren zur Verfügung gestellt hat.
- Eine Veränderung der Innenstadt macht Änderungen in der Bauleitplanung notwendig. Die Städtebauförderung könnte gezielt genutzt werden, um Verkehrs- und Funktionsabläufe zu modernisieren, städtebauliche Missstände abzustellen und durch Planung entstehende Wertminderungen auszugleichen.
- Leerstands- und Entwicklungsmanagement sind kommunale Möglichkeiten, um passgenau und gezielt in jeder Stadt die durchaus unterschiedlichen Herausforderungen anzugehen. Lokale Aktivitäten könnten hierbei durch eine überregionale Agentur initiiert, organisiert und gestützt und durch Landesmittel gefördert werden.
- Leer stehenden Gewerbeflächen können - insbesondere auch durch die ältere Generation - zum (barrierefreien) Wohnen genutzt werden. Nichts ist bequemer, als direkt vor der Haustür einzukaufen, Dienstleistungen wie Friseur, Beratung und Betreuung oder medizinische Angebote zu nutzen, sich mit Nachbarn auf einen Kaffee zu treffen ...
- Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern ermöglicht es, insbesondere bei längerfristig leer stehenden Immobilien Tatenlosigkeit und Widerstände bei der Neuausrichtung der Vermietung zu überwinden. Das oben geforderte Sofortprogramm bietet hierbei die finanzielle Grundlage für die Kommunalisierung von Grund und Boden.

Flankierende Maßnahmen:

Neben den konkreten Überlegungen zur Belebung der Innenstädte schlagen wir darüber hinaus vor, zum einen die Position der Kommunen bei der Ansiedlung von Internethändlern wie auch anderen Logistikunternehmen zu verbessern und zum anderen die Chancengleichheit des stationären Handels und Gewerbes zu stärken:

- Zurzeit verläuft die Vergabe von kommunalen Gewerbeflächen insbesondere an Logistikunternehmen häufig äußerst unbefriedigend. Mit hohem öffentlichen Aufwand errichtete Gewerbeflächen werden vornehmlich in bester Verkehrslage an Logistikunternehmen und den Internethandel vergeben, ohne dass hierbei die erhofften qualifizierten Arbeitsplätze geschaffen werden. Selbst die bei Erwerb in Aussicht gestellten Steuereinnahmen verbleiben oft genug am (ortsfernen) Sitz des Unternehmens. Für die Gemeinden bleibt außer immensem Flächenverbrauch und Verkehrsbelastung nichts übrig. Hier sollten durch die Landesplanung Vorgaben entwickelt werden, die diesem Missstand entgegenwirken. Die Errichtung und auch Belastung durch Gewerbegebiete muss sich für die Gemeinden sowohl in der steuerlichen wie auch der Bevölkerungsentwicklung auszahlen. Eine nutzen- und belastungsorientierte Bewertung von Gewerbegrundstücken wirkt im Übrigen ausgleichend auf die Wettbewerbsbedingungen zwischen Onlinehandel und stationärem Handel.
- Das Geschäftsmodell vieler Onlinehändler zeichnet sich dadurch aus, dass sie dem von ihnen abhängigen Mitarbeiter (auch in Subunternehmen) im Vertrieb wie in der Warenverteilung in vielen Fällen in tariffreien oder tariflich falsch eingeordneten Arbeitsverhältnissen beschäftigen. Hier sollten Wege gefunden werden, über das Tariftreuegesetz nicht nur die Arbeits- und Einkommenssituation der Mitarbeiter zu verbessern sondern so auch dem stationären Handel fairere Marktchancen einzuräumen.

Das wichtigste zum Schluss:

All diese Überlegungen werden nichts nützen, wenn nicht unsere Bürgerinnen und Bürger erkennen und in ihrem Konsumverhalten berücksichtigen, dass sie selber am meisten dafür tun können, um unsere Innenstädte als "ihre gute Stube" zu erhalten. Alle Bürger sind aus natürlichem Interesse daran interessiert, dass sie sich in ihrer Stadt wohlfühlen und dass es sich lohnt, in einer freundlichen, lebendigen, interessanten und sauberen Innenstadt einen großen Teil ihrer freien Zeit zu verbringen.

Dieses Bewusstsein muss bereits im Kindergarten und Schule gefördert werden und in den Köpfen aller Bürgerinnen und Bürger ständig wachgehalten werden. Die Entwicklung und Pflege dieses Bewusstseins ist somit ständige meinungsbildende Aufgabe aller politisch Verantwortlichen. Und selbstverständlich zahlt es sich aus, für solche Informationskampagnen öffentliche Mittel einzusetzen.

Dafür müssen die Innenstädte aber auch das halten, was wir den Bürgern versprechen, nämlich das sie gemütliche und gepflegte Plätze mit hoher Verweilqualität sind. Damit sind wir dann wieder am Ausgangspunkt unserer Stellungnahme ...

Am weiteren Diskussionsprozess beteiligen wir uns gerne.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Andreas Koeppen

SGK-Landesvorsitzender